

"Wenn Du Streetfighter überzeugen willst, musst Du glaubwürdig sein"

Sergio Cararo ist Direktor der italienischen marxistischen Theoriezeitschrift *"Contropiano"* und führendes Mitglied des Rete dei Comunisti (Netzwerk der Kommunisten), das in der außerparlamentarischen Linken eine bedeutende Rolle spielt

Raoul Rigault

Die nationale Manifestation am 15. Oktober unter dem Motto "Unsere Leben gegen Eure Profite" in Rom bildete die zentrale Aktion der italienischen Linken in den letzten Monaten. War sie trotz der eingeschlagenen Schaufensterscheiben und der schweren Straßenschlachten mit der Polizei auf der Piazza San Giovanni ein Erfolg oder überwiegt die Enttäuschung?

Es gibt beides: Erfolg und Enttäuschung. Auf der Demo waren zwei- bis dreihunderttausend Leute (der Innenminister sagt 80.000). Ihr vorausgegangen waren Dutzende Veranstaltungen und direkte Aktionen in vielen Städten. Ich persönlich habe an der Aktion vor der Banca d'Italia teilgenommen, wo gegen Staatspräsident Giorgio Napolitano und den kommenden EZB-Chef Mario Draghi protestiert wurde, das heißt gegen die Diktate der Europäischen Zentralbank und zwei in der italienischen Politik beinahe "unantastbare" Persönlichkeiten. Das erwähne ich deshalb, weil unsere Kampagne *"Eure Schulden bezahlen wir nicht!"* ihre Aktivität mit einer Protestaktion im September am selben Ort begann.

Großen Demonstrationen als "Event", die aber auf klare Inhalte verzichten, stehe ich sehr kritisch gegenüber. Und das Nichtbezahlen der Schulden sowie die Zurückweisung des EZB-Briefes, in dem noch härtere Kürzungen und ein Kahlschlag bei den Rechten der Arbeiter verlangt werden, waren zwei grundlegende Fragen, die im Aufruf zum 15. Oktober nicht vorkamen. Auf der Demo gab es sehr viele wütende und hoffnungsvolle Leute, wobei die Wut überwog. Aber angesichts der Krise und der sozialen Spannungen im Land war das unvermeidlich.

Was die verummten Straßenkämpfer anbelangt, gibt es eine Menge Verschwörungstheorien. Handelt es sich wirklich um "eingeschleuste" Agenten und Provokateure und braucht man vor allem einen stärkeren Ordnerdienst oder

mehr Polizei, wie jetzt auch ein Großteil der Mitte-Linken fordert?

Den Verschwörungstheoretikern misstrauere ich sehr, würde aber gleichzeitig die Möglichkeit von Komplotten nie unterschätzen. Das Problem besteht darin, dass der Alarm in Sachen "Eingeschleuste" ganz oft dazu dient, sich selbst zu trösten sowie die politischen Probleme und ein mögliches eigenes Scheitern, wie am 15. Oktober, zu verbergen. Eingeschleuste V-Leute und Polizisten in Zivil gibt es auf Demonstrationen immer, auch auf den friedlichen. Aber nicht sie führen die Straßenschlachten. Das sind Teile der Bewegung, die dem Dämon der öffentlichen Aufmerksamkeit und der Ästhetik der Geste zum Opfer fallen. Einige bezeichnen sie als "linke Nietzscheianer".

Ich dämonisiere Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht. Daran habe ich mich selbst schon beteiligt und wenn sie die Massenbewegungen stärken, muss man sie führen. Was ich ablehne, ist die Vorstellung, dass Demos der Polizei erlauben sollten, gegen Teile des Zuges vorzugehen. Genau diese Einstellung hat im übrigen am Samstag dazu geführt, dass Tausende mit der Polizei aneinander geraten sind und nicht bloß einige hundert. Ordnerdienste schützen nur die verschiedenen Demoblöcke und jeder organisiert seinen eigenen. Wenn Du Streetfighter wirkungsvoll davon überzeugen willst, dass sie aufhören sollen, musst Du glaubwürdig sein. Wenn Du nicht glaubwürdig bist, hilft Dir auch kein Ordnerdienst.

Ich habe gesehen, wie sich die Schwarzgekleideten sofort angepasst haben als sie von Aktivisten der internationalen Landarbeiter- und Kleinbauernorganisation Via Campesina dazu aufgefordert wurden. Das sind Leute, die ernsthaft kämpfen. Wenn da hingegen für ihre Winkelzüge bekannte Berufspolitiker auftauchen, glaube ich nicht, dass sie Erfolg haben werden - auch nicht mit einem Ordnerdienst.

Schon vor der Demo machte das Spektrum der in der Koordination vertretenen Gruppen und Strömungen keinen allzu geschlossenen Eindruck. Was sind die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Inhalte und Vorgehen unter den Veranstaltern und was hat sich im Vergleich zur Antiglobalisierungsbewegung geändert?

Die Versammlungen des Organisationskomitees, in dem mindestens vierzig Organisationen, Netzwerke, Gewerkschaften und Verbände vertreten sind, waren gespalten, was das Signal an die politischen und finanziellen Institutionen in Italien und Europa anbelangt. Wir sind, zusammen mit anderen, der Ansicht, dass man ganz klar machen muss, dass die Diktate der Europäischen Union und ihrer Parteiübergreifenden Apparate in unserem Land nicht akzeptiert werden. Andere meinen, dass diese Manifestation nur dazu diene, Berlusconi einen zu verpassen und eine neue Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen und den Mitte-Links-Parteien zu schaffen, die nach dem Desaster der Regierung Prodi 2006 bis 2008 zerstört worden war - vielleicht auch mit Blick auf vorgezogene Neuwahlen 2012.

Es bestanden also unterschiedliche politische Erwartungen, die sich auch auf die Demoroute auswirkten. Wir wollten, dass vor den Palästen der Macht - durchaus friedlich - demonstriert und protestiert wurde, während andere Kräfte (die in der Mehrheit waren) einen Weg vorzogen, der den Zug vom politischen und finanziellen Herzen der

Hauptstadt entfernte.

Der Unterschied zur Situation vor zehn Jahren und zur *No global*-Bewegung ist, dass heute die Krise die Realität bestimmt und keine politischen Vermittlungsspielräume wie in der Vergangenheit mehr erlaubt. In einer großen öffentlichen Versammlung, die wir am 1. Oktober gemacht haben, sagte das Schlussdokument klar und deutlich, dass "diejenigen, die den EZB-Brief (*vom 5. August 2011; jW*) ablehnen, unsere Verbündeten sind und alle, die ihn akzeptieren, unsere Feinde"!

Am Rande des G-20-Gipfels haben sowohl der künftige EZB-Präsident Mario Draghi als auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Protest vom Typ "Occupy Wall Street" gewürdigt und "Verständnis" für die empörten Jugendlichen gezeigt. Besteht die Gefahr, von den Mächtigen eingewickelt und benutzt zu werden?

Es ist klar, dass die Mächtigen versuchen, diejenigen, die gegen sie protestieren, zu spalten und Verständnis für jene zeigen, die sich noch innerhalb der mit dem System vereinbaren Regeln bewegen. Ich habe Respekt vor *Occupy Wall Street*, vor den spanischen *Indignados* und den griechischen Gewerkschaftern und Aktivisten. Jeder entscheidet sich mit den Mitteln zu kämpfen, die der jeweiligen spezifischen Realität entsprechen. Inakzeptabel finde ich allerdings, dass Mario Draghi als Unterzeichner (zusammen mit Trichet) eines Briefes, der "Blut und Tränen" fordert, so heuchlerisch ist, Verständnis für die protestierenden Jugendlichen zu äußern. Draghi, Schäuble, aber auch ein (*sich neuerdings gern kapitalismuskritisch gebender Milliardär und Börsenspekulant wie; jW*) George Soros etc. sind keine Verbündeten der sozialen Bewegungen. Sie bilden im Gegenteil einen Großteil des Problems, das die Bewegungen beseitigen müssen.

Ebenfalls am 15. Oktober hat Berlusconi, trotz der Unzufriedenheit in der rechtspopulistischen Lega Nord und der Flucht einiger Abgeordneter seiner Partei PdL, erneut die Vertrauensabstimmung im Parlament gewonnen. Wieviel Zukunft hat der *Cavaliere* noch? Und was haben wir von seinen Nachfolgern zu erwarten?

Berlusconi ist mittlerweile an der Endstation angekommen. Sein sozialer Block wurde nicht nur durch seine persönlichen Exzesse verschlissen, sondern vor allem durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die ein schwaches Bürgertum, wie das italienische, arg mitgenommen hat. Viele der Instrumente, auf die Berlusconi seine Hegemonie / Vorherrschaft über weite Kreise der Gesellschaft stützte, sind durch die Krise und die massenfeindlichen Maßnahmen in Schwierigkeiten geraten, die seine Regierung unter dem Diktat der EZB ergreifen musste.

Das Problem ist, dass Berlusconis Nachfolger, auch bei einer, mit dem neuen, gemäßigten dritten Pol von Ex-FIAT-Aufsichtsrats- und Industriellenchef Luca Cordero di Montezemolo etc. verbündeten, Mitte-Links-Regierung gar nicht anders können als dieselben Sachen zu machen wie Berlusconi und vielleicht sogar noch Schlimmeres. Sie werden das ohne "Bunga Bunga" (*Sexpartys mit Edelprostituierten; jW*) tun, aber einmal mehr die Arbeitenden, die Prekären, die Rentner und die Jugendlichen als Geldautomaten benutzen, um die Vermögen der Banken zu schützen und den

Bedürfnissen der multinationalen Konzerne gerecht zu werden. Da können wir uns leider sicher sein.